

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Zeppelinfeld: Jetzt ist die Staatsregierung am Zug

Um die Zeppelintribüne und das Zeppelinfeld als authentischen Lernort zu erhalten und vor Ort wertvolle Geschichtsarbeit leisten zu können, stellt der Bund 42,55 Millionen Euro zur Verfügung:

„Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, einen Großteil der verbleibenden Kosten für die Instandhaltung zeitnah bereitzustellen“, erklären Kerstin Gardill, SPD-Landtagskandidatin Nürnberg Ost und die SPD-Fraktionsvorsitzende im Nürnberger Rathaus, Anja Pröb-Kammerer. „Je mehr Zeit ins Land zieht, desto größer werden die Kosten für die Instandhaltung dieses – für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus – so zentralen Ortes sein“, betonen Gardill und Pröb-Kammerer.

Nürnberg hat als Stadt der Menschenrechte eine große Verpflichtung durch Erinnern, Erklären und Informieren seinen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und der Holocaust nicht wiederholen: „Die Zeppelintribüne und das Zeppelinfeld sind für die Geschichtsarbeit deshalb so zentral, weil es sich hier um einen der wenigen Orte handelt, an dem erfahrbar werden kann, wie die Mechanismen des Nationalsozialismus funktionierten. Dazu müssen aber zugleich Aufklärungsangebote bereitstehen. An der Zeppelintribüne und dem Zeppelinfeld lässt sich exemplarisch erfahren, wie es dem Nationalsozialismus gelang, die Menschen um sich zu scharen – und gleichzeitig die Missliebigen auszugrenzen, zu diskriminieren und auch zu vernichten. Jahr für Jahr suchen jetzt schon Hunderttausende diesen historischen Ort auf um sich mit Geschichte zu beschäftigen – ohne dass bisher ein adäquates Informations- bzw. Aufklärungsangebot für alle bereitsteht.

Informationstage und Angebote zu zusätzlichen Informationen über das Gelände werden äußerst rege genutzt – auch von Nürnbergerinnen und Nürnbergern selbst. Darum wollen wir den Ort auch erhalten und die Bildungsarbeit ausbauen, denn er trägt dazu bei, dass sich unsere Gesellschaft immer wieder selbst versichern muss, allen Anfängen zu wehren.

Die Zeitzeugen werden immer weniger, umso wichtiger ist der Erhalt dieses historischen Ortes – nicht als Selbstzweck, sondern als Fundament für den Ausbau der politisch-pädagogischen Bildungsarbeit“, so Gardill und Pröb-Kammerer.

Nachdem die Stadt Nürnberg mit der Erarbeitung eines Konzepts zum Ausbau der Informationsangebote vor Ort im Sommer 2015 bereits einen wichtigen Meilenstein für den Ausbau der politisch-historischen Bildung gelegt hat, hoffen die SPD-Politikerinnen nun auf eine deutliche finanzielle Unterstützung bei der baulichen Instandsetzung durch den Freistaat.

Für Rückfragen: Kerstin Gardill 0176 96773511